



IHK Braunschweig



Außenwirtschaft aktuell

09/2023

Seminare	3
Lieferantenerklärungen am 10. Oktober	3
Sprechtage/ Unternehmerreisen/ Veranstaltungen	3
CBAM: Das CO ₂ -Grenzausgleichssystem der EU – Webinar 07. September	3
Hydrogen Conference & Expo in Bremen am 27. September	3
BIS/BAFA Export Control Forum am 27. und 28. September in Oberursel.....	4
Deutsch-Rumänische Business-Konferenz am 28. und 29. September in Berlin.....	4
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	4
Ägypten: Umfangreiche Steuerreform	4
Deutschland: Vereinfachte Genehmigungsverfahren für Dual-Use und Rüstungsgüter.....	4
EU: Sanktionen gegen Belarus.....	5
EU: Antidumpingzölle auf Metallverbindungen und auf Glasfaserkabel aus China	5
EU: Antidumpingzölle auf Keramik aus China	5
EU: Antidumpingzölle auf Feinpapier aus China	5
EU: Vorübergehende Handelsliberalisierung für Waren aus Moldau.....	5
EU: Geltungsdauer AKP-Partnerschaftsabkommen verlängert	6
Frankreich: Recyclingfähigkeit und Präventionspläne für Verpackungen	6
Ghana: Präferenzgewährung für Waren mit Ursprung Ghana.....	6
Marokko: Antidumpingzoll auf PVC aus EU, Mexiko und UK	6
Mexiko: Abschaffung von Glyphosat und Genmais	6
Russland: Putin droht Ausländern das Einfrieren ihres Vermögens	7
USA: Vorläufige Antidumpingzölle auf Zinnwalzprodukte.....	7
Ländernotizen	7
Albanien: Diversifizierung der Stromversorgung.....	7
ASEAN: Deutscher Export von Maschinen und Kfz boomt im 1. Halbjahr 2023	7
Brasilien: Wirtschaft wächst stärker als erwartet	7
China: Erleichterung für Geschäftsleute bei der Einreise geplant.....	8
China: Warenhandel gerät ins Stocken	8
Dänemark: Dänemark passt Vorgehen bei Dekarbonisierung an	8
Deutschland: Neuregelung für Exportkreditgarantien	8
Deutschland: Investitionsgarantien für Ukraine erweitert	8
Japan: Schienenverkehr unterstützt Dekarbonisierung.....	9

Kanada: Subventionen für Kfz-Zulieferer.....	9
Polen: Entstehung zahlreicher Handelsparks	9
Slowenien: Flutkatastrophe stört Produktion und Lieferketten	9
Ukraine: Änderungen des ukrainischen Steuerrechts.....	10
Ukraine: Aufbau der Wasserwirtschaft.....	10
USA: Wasserstoffwirtschaft kommt in Fahrt	10

Veröffentlichungen **10**

Umgang mit Verpackungen in Europa – Die wichtigsten Regelungen für 27 Länder	10
CBAM-Durchführungsverordnung	10
Handreichung für die Anwendung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)	11
DIHK veröffentlicht Außenwirtschaftsreport 2023	11

Verschiedenes **11**

Ausschreibung zur Förderung von FuE-Kooperationsprojekten zwischen Deutschland und Chile	11
--	----

Seminare

Lieferantenerklärungen am 10. Oktober

IHK Braunschweig, 220,00 €

Die präferenzrechtlichen Vorschriften bezüglich der Lieferantenerklärungen führen bei vielen Wirtschaftsbeteiligten zu Unsicherheiten. Dieses Seminar soll die Hintergründe und Regelungen, die bei der Anforderung, Erstellung und Kontrolle von Lieferantenerklärungen beachtet werden müssen, erläutern. Ausgewählte Beispiele aus der Praxis ergänzen dieses Seminar.

Lieferantenerklärungen:

- Mit und ohne Präferenzursprung
- Einzel- und Langzeit-Lieferantenerklärung
- Formale Anforderungen für die Ausstellung
- Prüfungsmöglichkeiten (Auskunftsblatt INF.4)

Einführung in die Präferenzursprungsregelungen:

- Präferenzabkommen der Europäischen Gemeinschaft/Union
- Präferenzrechtliche Ursprungsregeln
- Kumulierungsbestimmungen (Bilaterale und Multilaterale Kumulation)
- Die Kumulierung mit den Mittelmeerländern

Das Seminar richtet sich an Sachbearbeiter/innen und Mitarbeiter/innen, die Lieferantenerklärungen erstellen, anfordern und kontrollieren bzw. dafür Verantwortung tragen sowie deren Vorgesetzte. Zur Anmeldung geht es [hier](#).

Sprechtage/ Unternehmerreisen/ Veranstaltungen

CBAM: Das CO₂-Grenzausgleichssystem der EU – Webinar 07.

September

Bereits ab Oktober 2023 beginnt die phasenweise Implementierung des Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), mit dem die EU für einen Ausgleich des CO₂-Preises zwischen einheimischen Produkten und Einfuhren sorgen will. So soll "Carbon Leakage" verhindert bzw. einer Produktionsverlagerung in Länder mit wenig ambitioniertem Klimaschutzzielen vorgebeugt werden. Konkret betrifft CBAM europäische Unternehmen jeglicher Größe, die ausgewählte emissionsintensive Produkte aus einem Drittland in die EU importieren. Für diese Produkte wird zukünftig ein „Klimazoll“ in Form eines CO₂-Zertifikatskaufs zu entrichten sein. Neben Produkten wie Eisen, Stahl, Aluminium, Zement, Elektrizität. Wasserstoff und Düngemittel sind hiervon auch einige importierte vor- und nachgelagerte Waren - insbesondere Waren aus Eisen und Stahl - betroffen.

Unser kostenfreies Webinar gibt Ihnen einen Überblick über die Inhalte der CBAM-Verordnung (EU) 2023/956 und erläutert die damit verbundenen Anforderungen für Unternehmen. Weitere Details und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie [hier](#).

Hydrogen Conference & Expo in Bremen am 27. September

Grüner Wasserstoff nimmt eine Schlüsselrolle für eine erfolgreiche Energiewende ein. Deutsche Unternehmen sind bei der Erschließung von diesem neuen Marktsegment bereits sehr gut aufgestellt, etwa

bei der Brennstoffzelle und der Elektrolyse für die grüne Wasserstofferzeugung. Die Bundesregierung unterstützt deutsche Unternehmen darin, den Aufbau einer globalen Wasserstoff-Wertschöpfungskette deutlich zu beschleunigen, u.a. auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Auf der Hydrogen Conference & Expo in Bremen werden im Rahmen des Business Round Tables „Grüner Wasserstoff in der internationalen Zusammenarbeit“ über Potentiale im Segment grüner Wasserstoff diskutiert. Vertreter von Germany Trade & Invest, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung (BMZ) stellen Märkte, Potentiale und Angebote der Bundesregierung für Unternehmen vor. Die Veranstaltung findet am Eröffnungstag der Messe von 11:00 bis 12:30 auf dem Messegelände statt.

Veranstalter sind das Business Scouts for Development Programm, das Bremer Wirtschaftsressort, das RKW, die Wirtschaftsförderung Bremen, die IHK Lüneburg-Wolfsburg und weitere niedersächsische Industrie- und Handelskammern. Die Teilnahme am Business Round Table und der Besuch auf der Messe ist kostenfrei. Um [Anmeldung für den Business Round Table](#) wird gebeten. Für den Besuch auf der Messe ist eine [Registrierung](#) erforderlich.

BIS/BAFA Export Control Forum am 27. und 28. September in Oberursel

Gemeinsam mit dem US Department of Commerce, Bureau of Industry and Security (BIS) und dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Frankfurt führt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) nach 2020 wieder eine Konferenz zur US-Exportkontrolle durch. Das BIS/BAFA Export Control Forum bietet der deutschen Industrie eine gute Gelegenheit, sich aus erster Hand über neu Entwicklungen im US-Exportkontrollrechts zu informieren.

Die Konferenz wird vom 27. bis zum 28. September 2023 in der Stadthalle Oberursel in englischer Sprache stattfinden. Anmeldungen werden über die [Webseite des BAFA](#) entgegengenommen. Die Teilnahmegebühr beträgt 350 Euro pro Person.

Deutsch-Rumänische Business-Konferenz am 28. und 29. September in Berlin

Unter dem Motto „Strengthening Partnerships – Turn Challenges into Opportunities“ organisiert die Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer (AHK) vom 28. bis zum 29. September eine Konferenz, die auf verschiedene Aspekte und Möglichkeiten zwischen Deutschland und Rumänien fokussiert. Neben hochkarätige Keynotes, u.a. von Bundeskanzler Olaf Scholz und dem rumänischen Ministerpräsidenten Ion-Marcel Ciolacu, geht es in verschiedenen Panels um thematische Schwerpunkte der Zusammenarbeit. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Webseite der AHK](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Ägypten: Umfangreiche Steuerreform

(GTAI) Die ägyptische Regierung hat im Juni 2023 ein Paket von Änderungen im Steuerrecht verabschiedet. Besonders betroffen sind internationale Unternehmen, die in Ägypten tätig sind. Die Änderungen zielen vor allem auf die Regelungen zu Betriebsstätten ab. Details dazu finden Sie [hier](#).

Deutschland: Vereinfachte Genehmigungsverfahren für Dual-Use und Rüstungsgüter

(BAFA) Gute Nachrichten für Lieferanten von Dual-Use- und Rüstungsgütern: Die Genehmigungsverfahren bei der Exportkontrolle sollen bei Lieferungen an ausgewählte EU- und Nato-Staaten sowie enge

Partnerländer kurzfristig deutlich rascher und unkomplizierter ablaufen. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) hat angekündigt, über das Bafa Maßnahmen einzuführen, um Bündnis- und Wertepartner schneller und unkomplizierter mit Dual-Use- und Rüstungsgütern beliefern zu können. Für solche Ausfuhren sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, indem stärker gebündelte Allgemeinverfügungen ("Allgemeine Genehmigungen", AGG) bislang vom BAFA getroffene Einzelfallentscheidungen ablösen. Um bei sonstigen Drittländern zielgenaue Kontrollen zu gewährleisten, sind für diese weiterhin vorrangig Einzelfallprüfungen vorgesehen. Am 1. August wurden die angepassten AGG auf der [Website des BAFA](#) veröffentlicht, zum 1. September treten sie in Kraft.

EU: Sanktionen gegen Belarus

(GTAI) Belarus unterstützt den russischen Angriff auf die Ukraine. Im August 2023 einigten sich die EU-Mitgliedstaaten auf weitere Handelssanktionen und Personenlistungen gegen Belarus. Eine Übersicht über Handelsbeschränkungen, Finanzsanktionen, Sanktionen gegen Personen sowie Sanktionen im Transportsektor finden Sie auf [dieser Webseite der GTAI](#).

EU: Antidumpingzölle auf Metallverbindungen und auf Glasfaserkabel aus China

(DIHK) Die Europäische Kommission hat am 09.08.2023 die Antidumpingzölle auf Einfuhren von Wolframcarbid aus China um fünf Jahre verlängert. Zur Antidumpingmaßnahme gelangen Sie [hier](#). Die Antidumpingzölle auf Einfuhren von Glasfaserkabeln aus China wurden verdoppelt. Die neuen Antidumpingzölle werden zwischen 39,4 Prozent und 88 Prozent liegen. Zur Antidumpingmaßnahme für Glasfaserkabel gelangen Sie [hier](#).

EU: Antidumpingzölle auf Keramik aus China

(GTAI) Reduzierter Antidumpingzollsatz für zwei neue ausführende Hersteller. Die Antidumpingmaßnahmen wurden seit ihrer Einführung mehrmals geändert: Zum einen wurden mehrere Unternehmen als neue ausführende Hersteller in die Liste in Anhang I aufgenommen. Damit profitieren diese Unternehmen von einem reduzierten Zollsatz in Höhe von 17,9 Prozent. Zum anderen wurde die Umfirmierung einiger Unternehmen anerkannt, die keine Auswirkungen auf den Zollsatz haben. Bei der betroffenen Ware handelt es sich um Geschirr und andere Artikel aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch – ausgenommen Gewürzmöhlen aus Keramik und ihre keramischen Mahlteile, Kaffeemöhlen aus Keramik, Messerschärfer aus Keramik, Schärfer aus Keramik, Küchenwerkzeuge aus Keramik zum Schneiden, Mahlen, Reiben, Hobeln, Schaben und Schälen und Pizzasteine aus Kordierit-Keramik von der zum Backen von Pizza oder Brot verwendeten Art. Eine Auflistung der Hersteller und Zollsätze finden Sie [hier](#).

EU: Antidumpingzölle auf Feinpapier aus China

(GTAI) Bei der betroffenen Ware handelt es sich um Einfuhren von gestrichenem Feinpapier, das heißt Papiere oder Pappen, ein- oder beidseitig gestrichen, ohne Kraftpapiere und -pappen, in Rollen oder Bogen mit einem Quadratmetergewicht von mindestens 70 g und höchstens 400 g und einem Weißgrad von mehr als 84 Prozent (gemessen nach ISO 2470-1). Die betroffenen KN-Codes und welche Waren nicht betroffen sind, finden Sie [hier](#).

EU: Vorübergehende Handelsliberalisierung für Waren aus Moldau

(GTAI) Die Europäische Union (EU) liberalisiert die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Moldau vollständig. Die noch bestehenden Zollkontingente werden ausgesetzt und die betroffenen Waren können zollfrei in die EU eingeführt werden. Die Maßnahmen gelten bis 24. Juli 2024. Von den Handelserleichterungen profitieren folgende Produkte: Tomaten, Knoblauch, Tafeltrauben, Äpfel, Kirschen, Pflaumen und Traubensaft.

EU: Geltungsdauer AKP-Partnerschaftsabkommen verlängert

(EU-Kommission) Das AKP-EU-Partnerschaftsabkommen (Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits) ist am 1. April 2003 in Kraft getreten und galt ursprünglich bis zum 29. Februar 2020. Seit 2018 laufen Verhandlungen über ein neues EU-AKP-Partnerschaftsabkommen, welches das bestehende Abkommen ersetzen soll. Da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, wird die Geltungsdauer des bestehenden Abkommens erneut verlängert: Es gilt nun bis zum 31. Oktober 2023 oder bis zum Inkrafttreten beziehungsweise bis zur vorläufigen Anwendung des neuen Abkommens, sofern dies zu einem früheren Zeitpunkt eintritt.

Frankreich: Recyclingfähigkeit und Präventionspläne für Verpackungen

(AHK) Eine neue Verpflichtung im Rahmen des [französischen Kreislaufwirtschaftsgesetzes \(loi AGEC\)](#) ist der Ausweis der Recyclingfähigkeit von Verpackungen und Produkten: Unternehmen müssen Informationen zu den Produkt- bzw. Verpackungseigenschaften aufführen. Es handelt sich um eine zusätzliche Kennzeichnung - nicht zu verwechseln mit der [Triman-Kennzeichnung](#). Zusätzlich wurden die Abgabetermine für eine Vielzahl der [EPR-Bereiche \(erweiterte Herstellerverantwortung – französisch: REP Responsabilité élargie des producteurs\)](#) auf Mitte September verschoben. Mit einer weiteren Verschiebung ist nicht zu rechnen. Weiterführende Informationen und Webinare bietet die [AHK Frankreich](#) dazu an.

Ghana: Präferenzgewährung für Waren mit Ursprung Ghana

(ITZBund) Ab dem 20.08.2023 erhalten Waren mit Ursprung in Ghana (GH) gemäß Artikel 17 Abs. 3 des Ursprungsprotokolls Nr. 1 zum Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits bei der Einfuhr in die Europäische Union nur dann eine Zollpräferenzbehandlung, wenn eine Ursprungserklärung vorgelegt wird. Damit sind für Waren mit Ursprung in Ghana zur Präferenzgewährung nur noch folgende Unterlagen zulässig:

„U162“ - (Ursprungserklärung eines Ausführers bis zu einem Wert der Ursprungserzeugnisse einer Sendung bis 6.000 Euro)

oder „N864“ - (Erklärung auf der Rechnung oder eine Ursprungserklärung eines Ausführers auf der Rechnung oder einem anderen Handelspapier).

Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 („N954“) wird ab dem 20.08.2023 nicht mehr präferenzbegründend anerkannt. Diese Meldung und weitere ATLAS-Teilnahmeinformationen können Sie auf der [Webseite des Deutschen Zolls](#) aufrufen.

Marokko: Antidumpingzoll auf PVC aus EU, Mexiko und UK

(GTAI) Betroffen ist PVC mit der marokkanischen Zolltarifnummer 3904.1090.00 (Polyvinylchlorid in Primärformen, nicht mit anderen Stoffen gemischt). Der Zollsatz für Ursprungswaren aus der EU und dem Vereinigten Königreich liegt bei 5,5 Prozent, während PVC aus Mexiko mit acht Prozent belastet wird. Die Maßnahme ist am 10. August 2023 in Kraft getreten. Vorangegangen war eine Antidumpinguntersuchung und die Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls in Höhe von zehn Prozent.

Mexiko: Abschaffung von Glyphosat und Genmais

(GTAI) Die mexikanische Regierung schafft die Verwendung von Glyphosat bis 2024 schrittweise ab. Der Zeitraum zwischen dem 14. Februar 2023 und dem 31. März 2024 ist dabei als Übergangszeit zu verstehen. Die Verwendung von Genmais wird stark eingeschränkt. Mais für Futtermittel bleibt vorerst erlaubt.

Russland: Putin droht Ausländern das Einfrieren ihres Vermögens

(GTAI) Mit der Unterzeichnung des Gesetzes Nr. 422-FZ "[Über Änderungen bestimmter Rechtsakte der Russischen Föderation](#)" vom 4. August 2023 schafft Präsident Wladimir Putin die Grundlage, um Vermögenswerte ausländischer Organisationen (auch Unternehmen) einzufrieren. Im Visier sind natürliche und juristische Personen, die aus Ländern kontrolliert werden, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, sowie deren russische Tochtergesellschaften. Das Gesetz tritt 180 Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft und kann zur Anwendung kommen, wenn westliche Länder Handlungen begehen, die die nationale Sicherheit Russlands bedrohen.

USA: Vorläufige Antidumpingzölle auf Zinnwalzprodukte

(GTAI) Die Feststellung des DOC gilt zunächst vorläufig. Das DOC wird innerhalb von 135 Tagen ab dem 22. August 2023 endgültig entscheiden. Ist die Entscheidung positiv, wird die ebenfalls an dem Verfahren beteiligte International Trade Commission (ITC) eine endgültige Entscheidung bekannt geben. Ist auch diese positiv, erlässt das DOC endgültige Antidumpingzölle. Ist eine der Entscheidungen negativ, werden keine Antidumpingzölle erhoben. Zinnwalzprodukte sind flachgewalzte Erzeugnisse der Positionen 7210 11, 7210 12, 7210 50, 7212 10, 7212 50 0020, 7212 50 00 90 und 7226 90 01 80 des US-Zolltarifs, die mit Zinn, Chrom oder Chromoxiden beschichtet oder überzogen sind.

Ländernotizen

Albanien: Diversifizierung der Stromversorgung

(GTAI) Albanien bezieht seinen Strom fast ausschließlich aus Wasserkraftwerken. Nun diversifiziert das Land seine Stromversorgung und setzt dabei auf Wind- und Solarkraft. Mehr über das Potenzial erneuerbarer Energien und ausgewählte Energieprojekte lesen Sie auf [dieser Webseite der GTAI](#).

ASEAN: Deutscher Export von Maschinen und Kfz boomt im 1. Halbjahr 2023

(GTAI) Deutschland hat laut Statistischem Bundesamt (Destatis) im 1. Halbjahr 2023 Waren im Wert von 16 Milliarden US-Dollar (US\$) in die zehn Länder des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN exportiert. Das entspricht einem Plus von 1,3 Milliarden US\$ oder 8,5 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode und ist der beste Wert seit 2018. Fast die Hälfte des Zuwachses entfällt auf die gestiegenen Lieferungen nach Indonesien. Die ASEAN ist ein kleiner aber beständiger Absatzmarkt für deutsche Unternehmen. Bei einem durchschnittlichen realen Wirtschaftswachstum von 5 Prozent pro Jahr steigt die Importnachfrage kontinuierlich an. Gleichzeitig werden in der Region selbst kaum Investitionsgüter hergestellt. Das technische Know-how und das Bildungsniveau ist vielerorts relativ gering. Eine Sonderrolle hat allerdings das hochentwickelte Singapur mit einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt.

Brasilien: Wirtschaft wächst stärker als erwartet

GTAI - Brasiliens Wirtschaft entwickelt sich 2023 wesentlich positiver als zu Jahresbeginn erwartet. Sowohl nationale als auch internationale Institutionen schrauben die Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach oben. Angesichts der überraschend guten Konjunktur und der Fortschritte bei wichtigen Reformen erwarten die Finanzinstitute für 2023 einen Anstieg des BIP um real 2,3 Prozent. Das ergibt die aktuelle Zentralbank-Umfrage Focus. Für 2024 rechnet der Finanzmarkt derzeit mit einem Wachstum von 1,3 Prozent.

China: Erleichterung für Geschäftsleute bei der Einreise geplant

(GTAI) Nach Angaben des [Ministeriums für öffentliche Sicherheit](#) und der Nationalen Einwanderungsbehörde wird China voraussichtlich die Ausstellung von Hafenvisa und deren mehrfache Verlängerung für ausländische Geschäftsleute erleichtern. Ausländer, die zu Geschäftsverhandlungen, zum Handelsaustausch, zur Installation und Wartung, zur Teilnahme an Ausstellungen, zu Investitionen oder zum Unternehmertum nach China kommen und keine Zeit haben, außerhalb des Landes ein Visum für China zu beantragen, können für die Einreise in das Land ein Hafenvisum beantragen. Hierzu ist u.a. ein Einladungsschreiben erforderlich. Die neue Maßnahme ermöglicht es Ausländern, ihren Originalpass nach der Überprüfung bei der Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis aufzubewahren, sodass sie während des betreffenden Zeitraums relevante Angelegenheiten mit ihrem Reisepass erledigen können.

China: Warenhandel gerät ins Stocken

(GTAI) Der chinesische Warenhandel vermeldete im 1. Halbjahr 2023 nicht wie üblich Erfolge. Die Importe der Volksrepublik gingen von Januar bis Juni 2023 um 6,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück, die Exporte sanken um 3,2 Prozent. Bei den bedeutendsten Exportkategorien lieferte China im 1. Halbjahr 2023 vor allem weniger Elektronikwaren mit einem Minus von 14,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Einen regelrechten Einbruch gab es bei chemischen Erzeugnissen (-17,9 Prozent), Ausfuhren von Arzneimitteln halbierten sich. Ein herausragendes Ergebnis erzielten dagegen Exporte von Kfz und -Teilen mit einem Plus von 30,5 Prozent. Zu verdanken ist dies dem kräftigen Absatz von Elektroautos, vor allem in Europa und Russland. Auch die Exporte von Elektrotechnik (2,2 Prozent) und Maschinen (6,5 Prozent) nahmen im 1. Halbjahr zu. Deutlich aus der Reihe fällt der Handel mit Russland. Der bilaterale Warenaustausch betrug 2022 rund 190 Milliarden US-Dollar (US\$). Chinesische Importe aus Russland stiegen in den ersten sechs Monaten 2023 um knapp ein Fünftel. China kauft vor allem russisches Öl, Kohle und einige Metalle mit hohen Preisnachlässen. Gleichzeitig füllen chinesische Produkte in Russland Lücken, die westliche Unternehmen nach dem Rückzug aus dem Markt im Rahmen der Sanktionen hinterlassen haben.

Dänemark: Dänemark passt Vorgehen bei Dekarbonisierung an

(GTAI) Die dänische Regierung hat ihre Pläne für die CO₂-Abscheidung und -Speicherung nochmals definiert. Demnach sollen bereits ausgeschriebene Fördermittel in Höhe von umgerechnet 3,5 Milliarden Euro in einem neuen Fördertopf, dem CCS-Fonds, gebündelt werden. Dieser ist ausschließlich für die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CO₂) vorgesehen. Dafür fallen die bisherigen Fonds für CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Lagerung (CCUS-Fonds) und CO₂-Abscheidung und -Speicherung (GSR-Fonds) weg. Der neue CCS-Fonds soll in zwei Ausschreibungsrunden im Juni 2024 und Juni 2025 mehr Konsortien als bisher die Teilhabe ermöglichen. Bedingung ist die vollständige CO₂-Speicherung ab dem 1. Januar 2029. Erste Maßnahmen zur CO₂-Abscheidung werden ab 2028 bezuschusst. Die Eckpunkte und den geplanten Zeitplan können Sie im [Handlungsplan](#) nachlesen.

Deutschland: Neuregelung für Exportkreditgarantien

(BMWK) Ende Juli hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) klimapolitische Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien angekündigt. Damit soll die Entscheidung über Kreditgarantien künftig stärker an klimafreundliche Kriterien ausgerichtet werden. Die Leitlinien befinden sich aktuell in der Konsultation. Die Pläne lösen beim [DIHK](#) Besorgnis aus.

Deutschland: Investitionsgarantien für Ukraine erweitert

(GTAI) Um die Finanzierung von Projekten zum Wiederaufbau der Ukraine weiter zu unterstützen, ergänzt der Bund die Investitionsgarantien. Ab sofort sichert er bei Investitionen in das osteuropäische Land neben möglichen Eigentumsschäden bis hin zum Vollverlust des Investments auch Risiken für bestimmte Zahlungen ab. Nähere Informationen dazu bietet die [GTAI](#).

Japan: Schienenverkehr unterstützt Dekarbonisierung

(GTAI) Japans Schnellbahnsystem ist weltweit bekannt. Das Shinkansen-Netz ist mittlerweile auf 2.831 Kilometer angewachsen. Weitere 623 Kilometer sind geplant oder bereits im Bau. Sie sollen zwischen 2024 und 2030 in Betrieb gehen. Zudem baut Japan in den Ballungsräumen sein Streckennetz im Nahverkehr weiter aus und setzt hier zukünftig stärker auf fahrerlose Züge. Über das umfangreichste Nahverkehrsnetz in Japan verfügt die Metropolregion Tokyo. Und es wird weiter ausgebaut. Unter anderem ist eine neue Verbindung zwischen den Innenstadtbereichen und dem Flughafen Haneda in der Umsetzung. Laut der Betreibergesellschaft East Japan Railway ist die Bauzeit auf den Zeitraum zwischen 2023 und 2032 angesetzt. Dafür sind Investitionskosten von umgerechnet 2,1 Milliarden US-Dollar (US\$) vorgesehen. Die East Japan Railway (JR East) will verstärkt auf Wasserstoff setzen, um eine bessere Klimabilanz zu erzielen. Japanische Firmen gewinnen beim Ausbau von Nahverkehrssystemen und als Anbieter von Schienenfahrzeugen und -ausrüstung immer mehr ausländische Aufträge.

Kanada: Subventionen für Kfz-Zulieferer

(GTAI) Kanada will eine vollständige Lieferkette für die Produktion von Elektrofahrzeugen aufbauen. Die angekündigten Werke der Volkswagen-Tochter PowerCo sowie von NextStar werden im Laufe von zehn Jahren mit rund 21 Milliarden US-Dollar (US\$) gefördert. Die Förderung ist eine direkte Antwort auf die Subvention von Batterieproduktionen unter dem Inflation Reduction Act (IRA) in den USA. Mit den neuen Werken, das ist die Hoffnung, kommen nicht nur etwa 5.000 direkte Arbeitsplätze nach Ontario. Vielmehr sollen die Gigafabriken ein Umfeld für Folgeinvestitionen schaffen. Kfz-Zulieferer rund um die Elektromobilität hätten mit den neuen Batteriefertigungen von Stellantis und VW einen Anreiz, sich ebenfalls in Ontario anzusiedeln, glaubt der Wirtschaftsminister der Provinz, Vic Fedeli. "Wir haben zwei Gigafabriken nach Ontario gelotst. Nun ist es an den Zulieferern, ebenfalls hierher zu kommen und Teile zu produzieren." Fedeli und sein Team seien in Asien bereits mit einem Dutzend Unternehmen im Gespräch, die Zulieferer für PowerCo und NextStar werden könnten.

Polen: Entstehung zahlreicher Handlungsparks

(GTAI) Mit Stand Mitte 2023 verfügte Polen über rund 13 Millionen Quadratmeter moderne Handelsflächen in 648 Objekten zu je über 5.000 Quadratmetern. Davon befinden sich 10,5 Millionen Quadratmeter in 444 Einkaufszentren, 2,2 Millionen Quadratmeter in 190 Handlungsparks und 248.900 Quadratmeter in 14 Outlet-Zentren. Zur Jahresmitte 2023 befanden sich rund 438.500 Quadratmeter Handelsfläche im Bau, davon 354.100 in 40 Handlungsparks und 84.400 in sechs Einkaufszentren. Noch zeichnet sich kein Aufschwung im Einzelhandel ab. Die Umsätze von Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten stiegen im 1. Halbjahr 2023 laut GUS nominal zwar um 5,7 Prozent. Real bedeutete das angesichts der hohen Inflationsrate von 15 Prozent im 1. Halbjahr 2023 jedoch einen Rückgang um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Stabil waren nur die realen Umsätze mit Fahrzeugen, Krafträdern und -Teilen. Diese Warengruppen hatten allerdings zuvor deutliche Rückgänge verzeichnet. Bei Bekleidung und Kosmetik blieb das Umsatzminus moderat.

Slowenien: Flutkatastrophe stört Produktion und Lieferketten

(GTAI) Schwere Unwetter verursachten am ersten Augustwochenende massive Überschwemmungen in Slowenien. Für die Wirtschaft sind nicht nur die Infrastrukturschäden problematisch. Auch viele Betriebe vermelden Schäden in Millionenhöhe und müssen ihr operatives Geschäft zeitweise einstellen. Unter den besonders betroffenen Unternehmen ist ein Werk mit 1.700 Mitarbeitenden der Bosch Siemens Haushaltsgeräte (BSH). Nach eigenen Angaben beträgt der direkte Schaden rund 10 Millionen Euro. Ähnlich hoch beziffert der slowenische Autobatteriehersteller TAB die Kosten. Der Automobilzulieferer KLS Ljubno meldet Schäden von 30 bis 50 Millionen Euro und rechnet mit Produktionsausfällen von mehreren Monaten. Durch Unterbrechung der Produktions- und Lieferketten ist ein spill-over-Effekt auf andere Unternehmen absehbar.

Ukraine: Änderungen des ukrainischen Steuerrechts

(GTAI) Die Änderungen sehen die Abschaffung der Einheitssteuer für Unternehmen und die Wiedereinführung von Betriebsprüfungen vor. Der ukrainische Präsident hat das Gesetz am 1. August 2023 unterzeichnet. Das Gesetz zielt in erster Linie darauf ab, das Steuersystem wieder in die Zeit vor dem Krieg zurückzuführen und die meisten Steuervergünstigungen, die für diese Zeit eingeführt wurden, abzuschaffen. Details über die Änderungen können Sie auf [dieser Webseite der GTAI](#) nachlesen.

Ukraine: Aufbau der Wasserwirtschaft

(GTAI) Für die Modernisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung in der Ukraine bedarf es Investitionen von rund 40 Milliarden Euro bis zum Jahr 2032. Nach 18 Kriegsmonaten und dem Bruch des Kachowka-Staudamms muss diese vor fast genau einem Jahr veröffentlichte Prognose erheblich nach oben korrigiert werden. Ende Juni 2023 stellte die ukrainische Regierung ihre "Strategie zur Entwicklung der Landwirtschaft" vor, um Kriegsschäden zu beseitigen und die Produktivität in der Landwirtschaft zu verbessern. Sie beziffert den Investitionsbedarf auf über 52 Milliarden Euro. Davon entfallen knapp 7,4 Milliarden Euro auf Bewässerungssysteme. Bis zum Jahr 2033 sollen für von Dürre betroffene Agrarflächen in den südlichen und östlichen Landesteilen knapp 3.700 Euro je Hektar investiert werden. Davon 2.300 Euro in Bewässerungs- und Wasserverteilsysteme, die restlichen 1.400 Euro in Kanäle und Pumpstationen. Projekte der ukrainischen Wasserwirtschaft stellt die GTAI [hier](#) vor.

USA: Wasserstoffwirtschaft kommt in Fahrt

Washington (GTAI) - Die US-Regierung hat zahlreiche Förderprogramme aufgelegt. Viele Steuererleichterungen gelten bis 2032. Für deutsche Firmen ergeben sich gute Geschäftschancen. Die Potenziale der Wasserstofftechnologie werden in den Vereinigten Staaten in den Medien allerdings weniger euphorisch dargestellt als etwa in der Europäischen Union (EU). Auch bezeichnen viele Fachleute die Erzeugung, Lagerung und Anwendung von Wasserstoff als technologisch noch nicht ausgereift. Allerdings gibt es große regionale Unterschiede. Echter Vorreiter ist Kalifornien. Im Großraum Los Angeles und San Francisco existieren bereits zahlreiche Wasserstofftankstellen. Eine Übersicht der Steuererleichterungen und Kreditprogramme für die Wasserstoffwirtschaft finden Sie [hier](#).

Veröffentlichungen

Umgang mit Verpackungen in Europa – Die wichtigsten Regelungen für 27 Länder

Nach wie vor sind Unternehmen mit vielen unterschiedlichen Regelungen zum Umgang mit Verpackungen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten oder ihren Nachbarländern konfrontiert. In jedem Land müssen sehr verschiedene Vorgaben beachtet werden. Um dabei zu unterstützen, hat der DIHK die Verpackungsbroschüre mit Hilfe der Auslandshandelskammern (AHKs) aktualisiert. Sie gibt einen Überblick über die jeweiligen Anforderungen in den verschiedenen Staaten Europas. Neu sind in der aktualisierten Version auch die Regelungen in Polen und Griechenland. [DIHK-Broschüre „Umgang mit Verpackungen in Europa“](#)

CBAM-Durchführungsverordnung

Am 17.08.2023 hat die EU-Kommission die CBAM-Durchführungsverordnung veröffentlicht, die die detaillierten Berichtspflichten für den Übergangszeitraum des neuen EU-CO₂-Grenzausgleichssystems darlegt. Der Übergangszeitraum beginnt am 1. Oktober 2023 und läuft bis Ende 2025. Die EU-Kommission hat zudem Leitlinien für EU-Einführer und Nicht-EU-Anlagen, sowie ein Excel-Vorlage zur CBAM-

Kommunikation innerhalb der Lieferkette veröffentlicht. Wie von der DIHK gefordert plant die EU-Kommission ein IT-Tool, das Unternehmen die CBAM-Umsetzung erleichtern soll. Zusätzlich bietet die EU-Kommission Webinare an, die auf der [Webseite](#) inklusive Schulungsmaterialien veröffentlicht werden. Die Termine sind auf einzelne Branchen verteilt: Zement (15.9.), Aluminium (21.9.), Düngemittel (26.9.), Elektrizität (28.9.), Wasserstoff (03.10.), Eisen und Stahl (05.10.).

Die niedersächsischen IHKs bieten ebenfalls ein [CBAM-Webinar](#) mit Möglichkeit des Austauschs am **07.09.** an.

Zur **Durchführungsverordnung** gelangen Sie [hier](#).

Den **Annex der Durchführungsverordnung** finden Sie [hier](#).

Zu den **Leitlinien für EU-Einführer** gelangen Sie [hier](#).

Die **Leitlinien für Nicht-EU-Anlagen** sind [hier](#) hinterlegt.

Die **Excel-Vorlage** finden Sie [hier](#).

Handreichung für die Anwendung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)

Das [BAFA](#) hat im August 2023 eine [weitere Handreichung](#) für die Anwendung des LkSG veröffentlicht. Sie definiert Anwendungsbereiche, Begriffe der Lieferketten, Sorgfaltspflichten in den Lieferketten, (un-)mittelbare Zulieferer bei Kredit- und Versicherungsunternehmen. Diese sind wie Unternehmen aller anderen Branchen vom Lieferkettensorgfaltsgesetz erfasst, sofern sie die Voraussetzungen des § 1 LkSG erfüllen. Es bestehen in der Kredit- und Versicherungswirtschaft jedoch branchen- und produktspezifische Besonderheiten, die in der Handreichung beschrieben sind. **Ab dem 1. Januar 2024** werden zudem **Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten betroffen** sein. Ende Juni 2023 veröffentlichte das BAFA hierzu einen Katalog mit den [FAQ](#) zu der Zusammenarbeit und kündigte weitere Handreichungen an.

DIHK veröffentlicht Außenwirtschaftsreport 2023

Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und der globalen Lieferkettenunterbrechungen, die fortdauernde Rohstoffknappheit, Russlands Krieg in der Ukraine, enorm gestiegene Energiepreise, Inflation und der weltweite konjunkturelle Abschwung – selten waren die wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen für die deutsche Exportwirtschaft so schwierig wie 2022. Angesichts dieser weltwirtschaftlichen Gesamtlage überrascht es nicht, dass diese Themen auch das Beratungsportfolio der IHKs im vergangenen Jahr dominierten. Das geht aus dem Außenwirtschaftsreport der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) hervor.

Den vollständigen DIHK-Außenwirtschaftsreport finden Sie auf der [DIHK-Webseite](#).

Verschiedenes

Ausschreibung zur Förderung von FuE-Kooperationsprojekten zwischen Deutschland und Chile

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und die chilenische Wirtschaftsförderungsagentur CORFO haben eine gemeinsame Ausschreibung zur Förderung bilateraler Forschungs- und Entwicklungsprojekte (FuE) veröffentlicht. Diese Initiative zielt darauf ab, grenzüberschreitende Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekte für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus Deutschland und Chile zu unterstützen. **Bis zum 15. September** können Anträge von interessierten Unternehmen und Forschungseinrichtungen für deutsch-chilenische Forschungs- und Entwicklungsprojekte [hier](#) eingereicht werden.

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Braunschweig
Fachbereich Außenwirtschaft
Brabandtstraße 11
38100 Braunschweig

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt in einer Gemeinschaftsproduktion mit anderen IHKs zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

www.ihk.de/braunschweig

Ansprechpartnerin der Industrie- und Handelskammer Braunschweig:

Doreen Weisheit	Tel.: 0531 4715-256 E-Mail: doreen.weisheit@braunschweig.ihk.de
Timo Prange	Tel.: 0531 4715-271 E-Mail: timo.prange@braunschweig.ihk.de
